

DÜRKHEIMER STADTANZEIGER

Do. 24.01.08

Neujahrsbotschaft der Kreisgrünen Bad Dürkheim:

2008 Anlauf in die „Solarstadt“

Als Kreisvorstandsmitglied Klaus Schindelbeck zur Verblüffung und Begeisterung der 60 Teilnehmer den ersten Neujahrsempfang der Kreisgrünen mit einem Dudelsacksolo eröffnete, war noch nicht abzusehen, was die Hauptbotschaft und das vielleicht faszinierendste Projekt für unsere Region im Jahre 2008 werden könnte.

Als prominentester Redner war Robert Zion eingeladen, der sich 2007 ohne ein Amt oder Mandat zu bekleiden, als „Rebell von Göttingen“ einen Namen gemacht hat. Er hat nicht allein durch intensiven bundesweiten E-Mail-„Beschuss“ der Kreisverbände gegen den Willen des Bundesvorstands den Sonderparteitag zu „Afghanistan“ ertrotzt sondern auch den Antrag gegen die Ausweitung des deutschen Afghanistaneinsatzes durch Tornados, eingebracht, der dann auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Göttingen eine Mehrheit gegen den Antrag des Bundesvorstands fand. Es hatte sich bis in die Pfalz herumgesprochen, dass sich Zion außer für eine glaubwürdige Friedenspolitik auch dafür stark macht, neue Akzente in der Sozialpolitik zu setzen.

Also war zu erwarten, dass er da seinen Schwerpunkt setzte. Das tat er auch, indem er in seinem Gastvortrag sehr intensiv auf das Projekt des „bedingungslosen Grundeinkommens“ einging. Das ist ein „Bürgergeld“, das jeder Bürgerin und jedem Bürger aus Steuermitteln zugute kommen und den besonders Bedürftigen die demütigenden Prozeduren der Sozialbürokratie ersparen soll. Dieses Bürgergeld, so Zion, sei auch als eine Antwort auf den einschneidenden Wandel zur nachindustriellen Arbeitswelt und die nur schwer überwindbare Massenarbeitslosigkeit zu sehen und setze kreative Kräfte des Individuums frei, die dann der Gemeinschaft zugute kämen.

Die beim Dürkheimer Neujahrsempfang anwesende rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Uli Höfken äußerte Zweifel am Nutzen und der Durchsetzbarkeit dieser Vision und mahnte demgegenüber einen Ausbau der bestehenden Systeme zur sozialen Grundsicherung und stärkere Investitionen in Erziehung und Bildung an. Erwies sich also das „bedingungslose Grundeinkommen“, das inzwischen Zustimmung auch bei anderen politischen Lagern, z.B. in der CDU beim thüringischen Ministerpräsidenten Althaus findet, als bei den Grünen noch kontrovers, so konnte Zion in seinem weiteren Vortrag mit der hierzulande noch unbekanntem Botschaft aus seiner Heimatstadt Gelsenkirchen begeistern: dass der Rat der Stadt in dieser ehemaligen Kohlestadt bereits im Herbst 2002 die Entwicklung der „Solarstadt Gelsenkirchen“ als gesamtstädtisches Oberziel festgelegt hat. Sowohl in der Produktion von Solarzellen als auch in der Installation von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden sei Gelsenkirchen seitdem eine der führenden Großstädte in Deutschland, so Zion.

Die weiteren Redner, der Ortsvorsitzende der Bad Dürkheimer Bündnisgrünen Christian Heitzmann, auch Kreisvorstandsmitglied, und seine Kollegin aus Deidesheim, Anika Weber, zugleich Kreisvorstandssprecherin, mahnten, so Anika Weber, einen „neuen Anlauf in eine moderne und zukunftsfähige Energiewirtschaft“ an, „der in jeder einzelnen Kommune anfangen muss.“ Ausgehend von den erhöhten Stickstoffdioxidwerten, die die Indikation „Atemwegserkrankungen“ der Kur- und Badestadt in Frage stellen, forderte Heitzmann den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie den Austausch der veralteten Dieselsebusse im Schulverkehr durch emissionsarme Fahrzeuge. „Auch die Industrieanlagen im Dürkheimer Bruch müssen auf ihren Schadstoffausstoß hin überprüft werden, die Heizungen großer Wohnanlagen unter die Lupe genommen und der Einbau von Filteranlagen unterstützt werden“ so Heitzmann.

Die Botschaft aus der Solarstadt Gelsenkirchen aufgreifend regte Roland Vogt abschließend an, gerade an der sonnenverwöhnten Weinstrasse das Konzept „Solarstadt“ aufzugreifen und in die Tat umzusetzen. „Insbesondere für die Kurstadt Bad Dürkheim wäre es neben all den Hausaufgaben, die die Stadt mit ihrem Maßnahmenpaket in Angriff nehmen will, ein erheblicher Imagegewinn, wenn sie

sich für das „gesamtstädtische Oberziel“ Solarstadt entscheiden und dies ebenso konsequent umsetzen würde wie die Ruhrpottstadt Gelsenkirchen.“

Freilich sei zu raten, zunächst eine mit Dürkheim vergleichbare Kleinstadt mit vorbildlicher Klimaschutzpolitik und dem Status Solarstadt ausfindig zu machen und mit ihr in Austausch zu treten.

Als Programm des Kreisverbands für 2008 schlug er neben dem Projekt „Solarstädte in der Pfalz“ bzw. entlang der Deutschen Weinstrasse vor, die vor allem vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied Achim Hoffmann aus Obersülzen initiierte Bündnisarbeit gegen Rechtsextremismus weiterhin intensiv zu unterstützen. Er sagte zu, dass er sich wie 2007 auch im Neuen Jahr für Betriebsbesichtigungen in der Region einsetzen werde. Diese könnten helfen die Wirtschaftskompetenz der Grünen zu erweitern und die Arbeitswelt der hart arbeitenden Menschen in den Betrieben der Region an Ort und Stelle kennen zu lernen.

Vogt dankte dem Instrumentalensemble AJAAN, das zur großen Begeisterung der Anwesenden das musikalische Rahmenprogramm gestaltet und mit einer „valse musette“ zum Tanzen eingeladen hatte. Ebenso herzlich dankte der Kreisvorsitzende den Inhabern des „Pfälzer Hof“, Frau und Herrn Olson, sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die dargereichte Bio-Kost, die dem Motto der Grünen entgegengekommen sei: „Wo grün draufsteht muss auch grün drin sein“.

Insgesamt entstand der Eindruck, dass es dem Kreisverband Bad Dürkheim von Bündnis 90/Die Grünen an diesem 13. Januar 2008 gelungen ist eine Tradition grüner Neujahrsempfänge zu begründen.

erstellt am: 27.02.2008

URL: <http://www.rp-online.de/public/article/aktuelles/politik/deutschland/537682>

Neue Parteienlandschaft

Schwarz-Grün: CDU denkt nach, Grünen-Basis bockt

Berlin (RPO). Neue Farbenspiele in Hamburg: Die Union diskutiert über die Chancen einer schwarz-grünen Regierung in der Hansestadt. Namhafte Vertreter wie Saarlands Ministerpräsident Peter Müller sprechen sich für eine Zusammenarbeit aus. Auch die Hamburger Grünen zeigen Interesse. Die Basis der Partei zeigt sich hingegen wenig begeistert.

Schwarz-Grün erscheint namhaften Unions-Vertretern als tragfähige Option. Saarlands Ministerpräsident rief seine Partei auf, offen für neue Bündnisse zu sein. "Ich plädiere schon lange dafür, dass alle demokratischen Parteien im Grundsatz koalitionsfähig sein müssen." Entscheidend sei ein ausreichendes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung. Für ein Regierungsbündnis seien nicht taktische Motive, sondern sachliche Gründe entscheidend", sagte Müller.

Auch die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth empfahl Hamburgs erstem Bürgermeister Ole von Beust ein Bündnis mit den Grünen zu versuchen. Roth sagte, ein schwarz-grünes Bündnis sei möglich. Ein solcher Pakt für das Regieren in großen Städten habe sich in Frankfurt am Main bewährt, weil es in der Wirtschafts- wie in der Bildungspolitik ausreichende Schnittmengen zwischen beiden Parteien gebe. "Wir sind moderner als die SPD", sagte Roth.

Auch bei den Grünen wird über die neuen Farbenspiele diskutiert. Während sich die Hamburger Spitzenkandidatin Christa Goetsch bereits offen für eine Zusammenarbeit zeigte, wächst an der Basis Widerstand. "Mindestens drei Viertel der Basis lehnen Schwarz-Grün ab", sagte der Grüne Robert Zion unserer Redaktion. Zion war mit seiner kritischen Haltung zur Afghanistan-Frage als "Rebell von Göttingen" von Göttingen bekannt geworden. Zion warnt davor, dass die Grünen in Hamburg zur Funktionspartei degradiert werden könnten. Das wäre „tödlich“, sagt er, und das Angebot der CDU werde von der Mehrheit als „vergiftet“ wahrgenommen.

Goetsch sieht das anders. Sie gibt sich zuversichtlich, dass die Mitglieder dem Gespräch mit der CDU zustimmen: „Das Stimmungsbild ist schon so, dass viele sagen, man sollte sich einem solchen Gespräch nicht verweigern und das Angebot annehmen.“ Dennoch muss sie morgen bei der Mitgliederversammlung mit Widerstand rechnen. „Es gibt auch Leute, die sagen, das solltet ihr gar nicht machen“, gesteht Goetsch.

„Für manche an der Basis und auch viele Jüngere ist die CDU so sympathisch wie Atomkraftwerke“, sagt der Essener Abgeordnete Kai Gehring (30). „Wir sind eben diejenigen, die das klare grüne Profil am meisten verteidigen“, erklärt Jan Philipp Albrecht, Sprecher der Grünen Jugend. Auch Malte Spitz, Mitglied im Vorstand der Bundespartei und selbst erst 23 Jahre alt, nennt die Bedenken „groß und bei vielen auch überwiegend“, aber dagegen spreche für viele Grüne die Möglichkeit, grüne Inhalte umzusetzen.

© RP ONLINE GmbH 1995 - 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP ONLINE GmbH

Artikel drucken

DruckversionUrl: http://www.focus.de/politik/deutschland/schwarz-gruen-verbotene-liebe-in-berlin_aid_263585.html

03.03.08, 00:00

[Drucken](#)**Archiv**

Aus FOCUS Nr. 10 (2008)

[FOCUS Magazin](#) > [Archiv](#) > [2008](#) > [Nr. 10](#) > [Deutschland](#)

SCHWARZ-GRÜN

Verbotene Liebe in Berlin

Die CDU nähert sich mit Lust der einst bekämpften Ökopartei an. Die neue Farbenlehre nach der Hamburg-Wahl soll eine Jamaika-Koalition im Bund ermöglichen und setzt die FDP unter Druck

Von den FOCUS-Korrespondentinnen *Margarete van Ackeren* und *Nicola Brüning* (Berlin) und FOCUS-Korrespondent *Henning Krumrey*

Der Abend ist fortgeschritten, als sich der Neuling ans Klavier schwingt: Stephan Eisel heißt er, in seinem früheren Leben Vizebüroleiter bei Helmut Kohl und seit Kurzem selbst im Bundestag. Nach wenigen Minuten stehen nicht nur Parteifreunde um den CDU-Mann herum, sondern auch Kollegen von den Grünen, unter ihnen Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Ein gutes Dutzend Politiker swingt zu den Jazzklängen. Ort der schwarz-grünen Verbrüderung und Verschwesterung: das Lieblingsrestaurant des Öko-Linken Jürgen Trittin, das „Le Cochon Bourgeois“ in Berlin-Kreuzberg – zu Deutsch: „Das bürgerliche Schwein“.

Bürgerlich ist sie geworden, die Gruppe, die einst ironisch als „Pizza-Connection“ geschmäht wurde, sich zu Bonner Zeiten im legendären Keller des Italieners „Sassella“ traf und Kontakt zu den „Unberührbaren“ des anderen Lagers pflegte. „Die Pizza-Connection kann für sich beanspruchen, mit Pate gestanden zu haben für schwarz-grüne Normalität“, meint Hermann Gröhe (CDU), einer der Initiatoren.

Pizza wird Programm. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) will mit dem Segen der Berliner Parteispitze ein schwarz-grünes Bündnis angehen. Zukunftsmodell oder politischer Masochismus? Es wäre eine Premiere auf Länderebene, ideal zur Überwindung alter Gräben. Die Grünen erwidern die politischen Frühlingsgefühle bislang jedoch nur zaghaft. Allerdings: Im 5-Parteien-System ist es für beide Seiten schiere Notwendigkeit, neue Partner zu finden. Zweierbündnisse bieten keine Mehrheitsgarantie mehr.

Ein Grund für die schwarze Euphorie: Die Pizza-Pioniere sind in führende Positionen aufgestiegen. Norbert Röttgen sitzt als Parlamentarischer Geschäftsführer im Bundestag, Armin Laschet ist Integrationsminister in NRW. Peter Altmaier dient als Staatssekretär im Innenministerium unter Pizza-Pate Wolfgang Schäuble, der in den 90er-Jahren als Fraktionschef die Jungen anfeuerte, die Ökos zu umgarnen.

Staatsministerin Hildegard Müller, die auch dem CDU-Präsidium angehört, kann sich „einen schwarz-grünen Testlauf auf Länderebene vorstellen, aber nicht um jeden Preis“. Der „Markenkern der Union“ dürfe nicht leiden. Allerdings: Was die Grünen zuletzt außen- und energiepolitisch beschlossen haben, hat nicht nur

Müller irritiert. Ein schwarz-grünes Experiment müsse „bereits im ersten Versuch gut funktionieren“, betont sie. Ansonsten würde die Sache „kontraproduktiv“. Auch Philipp Mißfelder, Chef der Jungen Union, ist optimistisch. „Gerade bei modernen Konservativen gibt es eine Präferenz für eine Zusammenarbeit mit den Grünen, weil niemand über 2009 hinaus die Zusammenarbeit mit der SPD will“, sagt er. Von Merkel hat er den Auftrag, den Kontakt zu Grünen-Abgeordneten seiner Altersklasse auszubauen. Selbst Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, fordert: „Wenn es einen Feldversuch geben kann, ist nichts so gut geeignet wie Hamburg.“ Er will wissen, wie das funktionieren kann: „Stimmen Klima, Vertrauen, Verlässlichkeit? Wenn man darüber keine Erfahrungen hat, kann man auch nicht über Weiteres entscheiden.“

Weiteres, das wäre eine Dreierkoalition mit FDP und Grünen im Bund. „Niemand kann Jamaika für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl ausschließen“, sagt Koschyk. Selbst CSU-Vize Horst Seehofer erklärt, die Union müsse 2009 durch einen klaren Wahlkampf ihr Potenzial „voll ausschöpfen. Dann muss man sehen, was FDP und Grüne auf die Matte bringen.“ Inhaltliche Übereinstimmung sieht der Verbraucherminister allerdings nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. „Mathematik darf Politik nicht ersetzen.“ In einem Jamaika-Bündnis wäre die CSU zudem der kleinste Partner – „ein klarer Bedeutungsverlust“.

Und wie ist das mit dem brisanten Feld der Außenpolitik? Andreas Schockenhoff (CDU), Chefdiplomat der Bundestagsfraktion, betont: „Außen- und sicherheitspolitisch gibt es mit den Grünen durchaus Gemeinsamkeiten. Bei der Einforderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sind die Grünen näher bei uns als die SPD.“ In der Afghanistan-Frage gebe es zwar Meinungsunterschiede. Wie schnell sich eine Partei in Regierungsverantwortung ändern könne, habe sich aber nach 1998 gezeigt, als die Grünen dem Kosovo-Krieg zustimmten. „Das könnte beim nächsten Mal ähnlich sein“, meint Schockenhoff.

Laute skeptische Stimmen hört man nur noch aus der CSU. „Der soll das ruhig machen“, ruft CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer nach Hamburg. „Das ist ein lokales politisches Experiment, eine hanseatische Absonderlichkeit ohne jede Signalwirkung für den Bund.“ Dort sei eine schwarz-grüne Kooperation undenkbar. „Es hat etwas Unglaubliches, plötzlich so in Euphorie zu verfallen“, kritisiert er den CDU-Generalsekretär Pofalla und fügt ironisch hinzu: „Da könnte ich ja gleich eine kleine Schnittmenge mit der Linkspartei finden, bloß weil die Frau vom Lafontaine auch für ein hohes Betreuungsgeld ist.“

Doch die CDU-Führung hat auf Anbandeln umgeschaltet. Es gebe nur einen Unterschied zur Schwester, lästert ein CDU-Präside: „Die CSU glaubt nicht, dass sie die Grünen mal bräuchte. Aber auch die CSU ist im Ernstfall zu großer Flexibilität fähig.“ Die Zeiten, als sich die Verantwortlichen von Union und Grünen spinnefeind schienen, wirken da fast wie Erinnerungen an eine andere Zeitrechnung. Vor gut zwölf Jahren raunzte Joschka Fischer Helmut Kohl im Bundestag an, er sei nur noch „drei Zentner Fleisch gewordene Vergangenheit“. Inzwischen hat sich der Öko-Matador in jeder Hinsicht dem Widersacher angenähert.

Eisel, der Kohl einst kernige Reden schrieb, sieht die Grünen nicht als natürlichen Partner im Lager der SPD. „Viele Grüne schämen sich doch längst dafür, dass sie jemanden zum Kanzler gewählt haben, der Putin als ‚lupenreinen Demokraten‘ bezeichnet hat und das Waffenembargo der EU gegen China aufheben wollte.“ Für ihn ist Schwarz-Grün keineswegs nur eine hanseatische Perspektive. „Die Herausforderung, aufeinander zuzugehen, stellt sich für Grüne und Union auch im Bund.“ Hamburg – das Tor zum Bund?

Auf die schwarze Option möchte auch die grüne Spitzenpolitikerin Christine Scheel nicht verzichten. „Ich persönlich fände Schwarz-Grün gut. Bei uns finden

viele eine Annäherung an die CDU spannend“, betont die Pizza-Partnerin. „So kommen wir aus der Umklammerung der SPD heraus und können zu einem entscheidenden Faktor werden.“ Allerdings müsse sich viel Grünes in einem Koalitionsvertrag wiederfinden. „Macht um jeden Preis, das darf nicht sein.“ Erfüllungsgehilfin der Sozis will sie freilich auch nicht sein. „Es gibt nicht wenige bei uns, die überzeugt sind, dass man sich auf die CDU besser verlassen kann als auf die SPD. Da wirken die rot-grünen Regierungsjahre einfach nach.“

Doch es könnte sich bitter rächen, dass Polit-Zirkel und Medien das Thema zwar seit Jahren erörtern, die Führungen beider Parteien aber ihre Basis nicht darauf vorbereitet haben. Vor allem auf dem Land und im Süden sind die Vorbehalte bei Unions-Wählern immens. „Hier pflegen viele noch die alten Feindbilder der 80er-Jahre“, meldet ein CDU-Strategie.

Im Internet-Forum der CDU tobt ein Meinungsstreit. Da gibt es übelste Beschimpfungen der „Partei gewordenen Inkarnation der Alt-68er und RAF-Sympathisanten mit ihren absurden Multikulti-Vorstellungen“. Ein „Claus“ klagt, es sei „ein Trauerspiel, dass die Merkel-CDU jetzt offensichtlich auf die roten Grünen angewiesen ist“. „Medardus“ hingegen gibt wohlwollend zu bedenken, die Grünen seien inzwischen „sehr gelb durchwirkt“.

Jenseits der virtuellen Welt, im gediegenen Berlin-Charlottenburg, wirkt die CDU-Basis hingegen schon ideologisch gelockert. Wolfgang Hummel warnt zwar vor einem „tiefroten Kern“ bei vielen Grünen. Doch die übrige Truppe gibt sich offen. „Wenn alles festgefahren ist, sind neue Wege gar nicht schlecht“, meint Regina Hensel. Der Chef des Ortsverbandes Grunewald-Halensee, Michael Voglsamer, 65, befindet zum Thema Schwarz-Grün schlicht: „Es gibt Schlimmeres.“

Ähnlich zwiespältig reagieren die Grünen. „Die Basis will Schwarz-Grün nicht“, weiß Robert Zion. Und wenn Zion das sagt, sollte die grüne Parteiführung aufhorchen. Denn schon beim Afghanistan-Parteitag in Göttingen hat der berühmteste Kreisschriftführer der Grünen der gesamten Führungsclique gezeigt, wie die Basis wirklich tickt. Eine Öffnung zur Union sei „lebensgefährlich“, warnt Zion. Derzeit lägen die Grünen in NRW bei rund sechs Prozent. „Wenn wir hier ähnliche Verluste einfahren wie in Hessen und Hamburg, steht unsere Existenz auf dem Spiel.“ Er könne sich nicht vorstellen, dass die NRW-Grünen – immerhin größter Landesverband – einer schwarz-grünen Annäherung zustimmen. „Ich rechne damit, dass aus NRW bald die klare Ansage nach Berlin kommen wird, alle Spekulationen über Schwarz-Grün und Jamaika einzustellen“, kündigt Zion an. „Die Grünen müssen mit einer klaren Koalitionsaussage in den Bundestagswahlkampf 2009 gehen“, so Zion. „Und diese Ansage muss heißen: Rot-Grün plus ...“

Aber es gibt auch positive Basiserfahrungen: In der Stadt Kiel regiert seit 2003 eine schwarz-grüne Koalition ziemlich geräuschlos. Fortschritte gebe es bei Haushaltssanierung, Klimaschutz und in der Kinderpolitik, berichtet der grüne Landesvorständler und langjährige Kieler Kreisvorsitzende Markus Stiegler. „Es gibt ein gutes persönliches Verhältnis der Akteure von Grünen und CDU bei bestehenden inhaltlichen Differenzen.“

Ein überzeugtes Sowohl-als-auch liefert Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher bei den Grünen im Bundestag: „Wenn die SPD sich nicht berappelt, wird es in der nächsten Zeit für Rot-Grün nicht mehr reichen. Dann müssen wir offen über Schwarz-Grün diskutieren. Allerdings sind die Schwarzen unserer Basis so sympathisch wie Atomkraftwerke.“

In Berlin trat Parteichefin Angela Merkel am Tag nach der Wahl erst einmal hart auf die Bremse, um die CDU nicht zu billig zu machen. Es sei „nun nicht so, dass die ganze CDU auf Grün fliegt“, stellte sie säuerlich fest. Schließlich will von Beust auch mit der SPD über ein Bündnis reden. Und natürlich hatte Merkel

mitbekommen, dass sich FDP-Chef Guido Westerwelle als verschmähter Liebhaber gerierte und schimpfte, Merkel habe von vornherein ein Bündnis mit den Grünen gewollt.

Wohin einseitige Bindung führen kann, besichtigen die Grünen gerade in Hessen: bei sich selbst, vor allem aber bei der FDP. Die hat sich unter Westerwelles Führung ganz an die Seite der Union begeben. Zwar stimmt dessen Analyse, dass es die größten thematischen Überschneidungen mit dem bürgerlichen Partner gibt. Doch es fehlt die These, die einst sein Rivale Jürgen Möllemann vertrat: „Jede Regierung mit FDP ist besser als jede Regierung ohne FDP.“

Jetzt sehen sich die Liberalen gezwungen, auf Lockerung umzuschalten. „Es wird schwer, unseren Leuten zu erklären, dass die mit jedem regieren können und wir nur mit einem“, schimpft Generalsekretär Dirk Niebel. Schließlich gebe es „einige Parlamente in Deutschland, in denen auch andere Mehrheiten rechnerisch möglich sind“. Allerdings will die FDP weiterhin Koalitionsaussagen nach inhaltlicher Übereinstimmung festlegen.

Doch aus Schwarz-Grün in Hamburg leiten auch die Liberalen Hoffnung ab. „Dann muss doch auch Jamaika in Hessen möglich sein“, fordert Niebel. „Wenn die CDU gestalten will, muss sie den Grünen am Ende von Verhandlungen auch personelle Zugeständnisse machen.“ Das kann eigentlich nur heißen: Kochs Kopf. Niebels Begründung: „Die Union hat mit ihrem Wahlkampf in Hessen schließlich die schwarz-gelbe Mehrheit vermasselt.“

„Dass die ganze CDU nun auf die Grünen fliegt, das kann ich weder bei Ole von Beust feststellen noch bei sonst wem in der CDU“ Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU)

„Klar ist: Rot-Grün ist nicht mehr unsere einzige Option, und das Land darf nicht überall in große Koalitionen gezwungen werden“ Renate Künast, Fraktionschefin Bündnis 90/Die Grünen

„Sie sind Geschichte, im guten und im schlechten Sinne, das haben Sie immer gewollt. Aber in Zukunft werden Sie nicht mehr sein – drei Zentner Fleisch gewordene Vergangenheit“ Joschka Fischer, 1995 zu Bundeskanzler Helmut Kohl

SCHWARZ-GRÜNE RECHENSPIELE

Mögliche Mehrheiten mit Schwarz und Grün in den Landesparlamenten

In vier Landtagen könnten CDU und Grüne die Regierung bilden. In weiteren vier Ländern hätte eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP die Mehrheit.

UNION UND GRÜNE – PASST DAS?

Ob mit Schwarz-Grün bald zusammenwächst, was zusammengehört, muss sich zeigen. In Schlüsselfeldern wie Wirtschaft und Finanzen ticken beide zwar ähnlich, doch es gibt auch sehr große Hürden.

UNION UND GRÜNE – PASST DAS?

-	CDU	BÜNDIS 90 DIE GRÜNEN	-
Wirtschaft	Sowohl die Grünen als auch die Union setzen bei Wachstum und Beschäftigung vor allem auf den	Sowohl die Grünen als auch die Union setzen bei Wachstum und Beschäftigung vor allem auf den	+

	Mittelstand.	Mittelstand.	
Finanzen	Beide Parteien halten solide Staatsfinanzen für zentral. Doch gelang beidender Abschied vom Schuldenstaat nur begrenzt.	Beide Parteien halten solide Staatsfinanzen für zentral. Doch gelang beidender Abschied vom Schuldenstaat nur begrenzt.	+
Außenpolitik	Die Union bewegt sich außenpolitisch weitgehend auf denselben Spuren wie Joschka Fischer. Allerdings hat sich die Basis der Grünen inzwischen zum Teil von diesem Kurs distanziert.	Die Union bewegt sich außenpolitisch weitgehend auf denselben Spuren wie Joschka Fischer. Allerdings hat sich die Basis der Grünen inzwischen zum Teil von diesem Kurs distanziert.	?
Soziales	Grüne und Union sind sich in der großen Linie einig, vertreten den Grundsatz „Fordern und Fördern“; im Detail wird es haarig.	Grüne und Union sind sich in der großen Linie einig, vertreten den Grundsatz „Fordern und Fördern“; im Detail wird es haarig.	?
Innere Sicherheit	Innenminister Wolfgang Schäuble treibt die Verschärfung des Anti-Terror-Kampfes voran.	Aus Sicht der Grünen schießen Schäuble und die Union weit über das Ziel hinaus.	-
Energie/Kernkraft	Die CDU hält Kernkraft „auf absehbare Zeit“ für unverzichtbar.	Für die Grünen ist das Ende der	- Atomenergieumkehrbar – ein Schlüsselthema ihrer Politik.
Umwelt	Auch wenn sich die Grünen um Distanz bemühen: Angela Merkels Kraftakt in der Umwelt- und Klimapolitik kommt den Vorstellungen der Ökopartei ziemlich nahe.	Auch wenn sich die Grünen um Distanz bemühen: Angela Merkels Kraftakt in der Umwelt- und Klimapolitik kommt den Vorstellungen der Ökopartei ziemlich nahe.	+
Familie	Neue Betreuungsangebote für die Jüngsten begrüßen beide. Das Betreuungsgeld für daheim erziehende Eltern, das vor allem die CSU einfordert, lehnen die Grünen ab.	Neue Betreuungsangebote für die Jüngsten begrüßen beide. Das Betreuungsgeld für daheim erziehende Eltern, das vor allem die CSU einfordert, lehnen die Grünen ab.	?
Europa/Türkei	CDU und CSU lehnen den EU-Beitritt der Türkei ab, wollen nur eine privilegierte Partnerschaft.	Die Grünen setzen sich vehement für die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ein.	-
Ethikfragen/Kirche	In ethischen Fragen wie der Begrenzung der Forschung mit embryonalen Stammzellen ähneln sich die Standpunkte von	In ethischen Fragen wie der Begrenzung der Forschung mit embryonalen Stammzellen ähneln sich die Standpunkte von	+

	CDU und Grünen – jedenfalls wenn es um die Mehrheitsmeinung der Parteien geht.	CDU und Grünen – jedenfalls wenn es um die Mehrheitsmeinung der Parteien geht.	
Bildung	Die Union ist für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und für Studiengebühren.	Linie der Grünen: längere gemeinsame Schulzeit, Abschied vom klassischen Gymnasium, gratis studieren	-
Recht	Sicherheitsfragen haben Vorrang vor Datenschutz. Homo-Paare sind nicht Eheleuten gleichzustellen.	Datenschutz hat für Grüne hohe Priorität. Sie wollen volle Gleichberechtigung eingetragener Homo-Paare.	-

[Drucken](#)

Foto: FOCUS Magazin Verlag

Copyright © 2008 by [FOCUS Online GmbH](#)

[◀ zurück](#)

05.02.2008

Bei den Grünen rumort es

Von Georg Haupt

Wiesbaden. „Unsere Landesvorsitzenden sind nicht zu sprechen. Es ist Fastnacht“, sagte ein Parteisprecher der Grünen gestern. Das klang genervt, wie so vieles im Ton anders geworden ist seit dem Wahlsonntag, an dem die dritte politische Kraft in Hessen erosionsartige Verluste erlitt: Nur noch 7,5 Prozent der Stimmen geschafft, ein Viertel der Wähler verloren und ganz, ganz weit weg von den „12 Prozent plus x“, die der Partei- und Landtagsfraktionsvorsitzende Tarek Al-Wazir vor der Wahl als Ziel ausgegeben hatte.

Die Partei macht derzeit gerne mal dicht. Ein Internet-Forum, in dem einige Grüne das wenig mitreißende Wahlprogramm und die oft schlappen Auftritte der Spitzenleute bekritteln, ist nur für Parteimitglieder geöffnet. Eine Attacke des nordrhein-westfälischen Parteifreundes Robert Zion, der den hessischen Grünen in der „taz“ Ämter- und Machtkonzentration, mangelnde Basisnähe sowie einen „sturen Blick auf Regierungsbeteiligung und Ministerposten um jeden Preis“ vorwarf, wurde mit striktem Schweigen gekontert.

„Hätten wir doch noch einen wie Fischer, dann wäre im Wahlkampf wenigstens keiner eingeschlafen“, so ein Insider bissig. Der Joschka hätte im Polarisierungskampf der zwei Großen schon die richtigen Zeichen gesetzt, um auf die Partei aufmerksam zu machen.

Tatsächlich zogen die großen Themen der Grünen nicht: Koch abwählen und den Flughafenausbau stoppen. Wer ersteres wollte, machte sein Kreuzchen gleich bei SPD oder Linkspartei, und das ewige Opponieren gegen den Airport konnte nicht einmal die Verluste in den vom geplanten Landebahnbau am meisten betroffenen Städten Hochheim, Flörsheim oder Hattersheim unter den Landesdurchschnitt drücken.

Die differenzierten Vorschläge der Grünen zur Energiepolitik mit dem Zuwachs an regenerativen Anteilen über rund 25 Jahre, sowie dem Festhalten am eingeschlagenen Weg der Gymnasialzeitverkürzung bei gleichzeitigen konsequenten Reformen des Lehrinhalts, blieben weitgehend unbemerkt.

Deutlich registriert wurden dagegen Aussetzer in der öffentlichen Darstellung der Partei. Der verweigerte Handschlag des Vorsitzenden Al-Wazir für Koch etwa, der auch von ur-grünen Anhängern als „Aussetzer“ empfunden wurde, oder die matte Fernseh-Diskussion um Bildungs-Themen, in deren Verlauf Al-Wazirs weibliches Pendant, die Eschbornerin Kordula Schulz-Asche, die CDU-Kultusministerin Karin Wolff gleich zweimal als „Frau Koch“ ansprach.

So Unrecht hatte der innerparteiliche Kritiker Robert Zion deshalb wohl nicht, als er den Hessen vorwarf, ihr Landesverband sei viel zu sehr auf die One-Man-Show des Offenbachers Al-Wazir zugeschnitten.

Der muss sich für die am Samstag in Frankfurt stattfindende Sitzung des Parteirats, dem obersten beschlussfassenden Organ der Landespartei zwischen den Mitgliederversammlungen, warm anziehen. Ein Antrag des Ortsverbands Hanau, in dem die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der SPD, aber auch mit der Linkspartei gefordert wird, dürfte die Stimmung an der Basis der Partei wiedergeben, von wo das erste Rumoren zu vernehmen ist.

„Wir haben immer nur eine Zusammenarbeit mit der CDU ausgeschlossen, aber jetzt wagt sich niemand, mal auf die FDP und die Linke zuzugehen, um gemeinsame Linien zu finden“, beklagt ein innerparteilicher Kritiker die fehlende Positionierung der Partei bei der derzeitigen Suche nach einer Regierungsmehrheit. Dass die Grünen dabei eher an ein Linksbündnis als an eine Ampelkoalition mit den Liberalen denken, ist kein Geheimnis. Hauptsache man säße nach neun Jahren endlich mal wieder in Hessen an einem Regierungstisch.

„Opposition ist scheiße“, hatte Joschka Fischer den Freunden vor Jahren schon bei einem seiner bejubelten Auftritte in den hessischen Mitgliederversammlungen zugerufen. Auch das haben sie hierzulande noch nicht vergessen.

Die Woche

Wie geht es uns, Herr Küppersbusch?**Die Woche****taz: Was war schlecht letzte Woche, Herr Küppersbusch?**

Friedrich Küppersbusch: Wieso ist im Sturm durchzustarten eine Heldentat, solange es ein Pilot tut - und ein Skandal, wenns die 24-jährige Kopilotin war?



Friedrich Küppersbusch ist Journalist und Fernsehproduzent. Jede Woche wird er von der taz zum Zustand der Welt befragt. Foto: taz

Was wird besser in dieser?

Durchgeknallte Verkehrsthemen wieder von Profis, Mehdorn und Schell.

Wie wird der Auftritt der hessischen SPD-Abweichlerin Dagmar Metzger in Erinnerung bleiben?

Wie hieß noch mal die einzelne SPD-Abgeordnete, die sich Schröders Vertrauensfrage zum Afghanistaneinsatz nicht beugte? Sie flog - mit einem Strauß Blumen - aus Fraktion und Parlament. Die Funktion der Metzgerin ist ein Folgeschaden der Führungsfehler Becks. Vielleicht auch eine personalisierte Antwort auf die DKP-Mauermeisterin Christel Wegner.

Dagmar Metzger hat aus ethischen Gründen Nein gesagt - sagt sie. Oder ist sie Teil einer Intrige?

Aus Becks Sicht wäre jeder Teil einer Intrige, der Ja gesagt hat. Das führt ins Nirwana.

Was kann Kurt Beck jetzt noch richtig machen?

Seine Nachfolge regeln.

Am Montag spricht Beck vor der Bundespressekonferenz - wird das ein großer Tag für Frank-Walter Steinmeier?

Das ist deutscher Standfußball der übelsten Sorte, da können sie gleich den späten Lothar Matthäus nehmen. Keiner hat ne Idee, niemand übernimmt Verantwortung, jeder möchte hinterher sagen können, dass er aber nicht Schuld hat. Und schiebt den Ball jeweils dem zu, der gerade noch frei rumsteht. Sobald Steinmeier Chef ist, holt die Union seine gesammelten CIA-Ungereimtheiten aus der Kanzleramtszeit wieder vor. Und dann wird es ein ranghoher Ortsbürgermeister, so was müsste sich selbst in der SPD noch finden. Für welches Programm steht Steinmeier? Hat nach Steinmeier vielleicht Klaus Kinkel Langeweile im Genscherheim für stillgelegte Außenminister?

Peter Struck hält die Linkspartei für eine überschätzte "Übergangerscheinung", die es zu überstehen gilt. Ist das eine kluge Einschätzung?

Es ist überhaupt mal eine! Auf der fußend man eine konkrete Strategie entwickeln kann. Was bietet man abgeschröderten Gewerkschaftern? Welche Leuchttürme stellt man "Sozialdemokraten" à la Bisky, enttäuschten Grünen und heimatlosen Linken auf? Was, akut, sagt die SPD denjenigen Grünen, die nicht der Union in den Sattel helfen wollen? Was sagt Lafontaine, wenn Maass ihm ein gemeinsames Antreten bei der Saar-Wahl androht? - Struck formuliert immerhin mal ein Ziel, an dem er sich messen lassen muss. Das wirkt bei der derzeitigen SPD-Truppe wie parteischädigendes Verhalten.

Auch andere Parteien stehen vor Personalfragen, die Grünen beispielsweise. Wer soll Nachfolger von Reinhard Bütikofer werden?

Eine junge Frau aus dem Osten, nehme ich an, also: Robert Zion aus Gelsenkirchen. Er hat die Grünen an ihre friedenspolitischen Wurzeln gemahnt, er weiß aus seinem Wahlkreis, wie es auf Platz vier hinter der Linkspartei ist. Und - freut sich Gott nicht über jede Seele, die man aus Schalke rausholt?

Ist es überhaupt attraktiv, die Grünen zu führen?

Geführte Grüne sind nicht attraktiv, das widerspricht der Ursprungsidee der Partei. Zum letzten Wahlergebnis hat Fischer die Grünen geführt. In dem Moment, in dem andere Einheiten - Unternehmen vorneweg - dezentrale und kollektive Selbstorganisation plagieren, könnte das den Grünen zu denken geben.

Haben die Grünen ein Nachwuchsproblem?

Das Partei gewordene Misstrauensvotum gegen herkömmliche Politik kann man nicht mehr sein, wenn man herkömmliche Politik ist. "Revolutionär rumquatschen und heimlich fromm mitmachen" liegt der Linkspartei eher - was sie nicht sympathischer macht, aber den Grünen gerade bei jungen Wählern wie Aktivisten Probleme.

Am Samstag war Frauentag - haben Sies bemerkt?

Ja nun. Bei Lektüre dieser Zeitung. Vielleicht auch ganz gut, dass er nicht zum Muttertag auf Linksmodern ausufert.

Und was macht Borussia Dortmund?

Schlägt am 18. Jena, fährt nach Berlin, gewinnt 19 Jahre danach wieder den Pokal. Wir halten das nur aus Gründen des Aberglaubens noch ein bisschen geheim.

<http://www.taz.de/nc/1/debatte/kommentar/artikel/1/wie-geht-es-uns-herr-kueppersbusch-28&src=PR>

© taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Vervielfältigung nur mit Genehmigung des taz Verlags



Spitzenkandidaten Künast und Trittin betonen Inhalte - Partei-Rebell Zion warnt vor Machtopportunismus

Grüne gehen ohne Koalitionsaussage in Wahl 2009 Zweite Zusammenfassung

25.03.2008 17:14:32 -

Berlin (AP) In den Bundestagswahlkampf 2009 wollen die Grünen ohne Koalitionsaussage ziehen. Die beiden designierten Spitzenkandidaten, Renate Künast und Jürgen Trittin, sprachen sich am Dienstag dafür aus, die Inhalte der Grünen in den Vordergrund zu stellen. «Wir sind nicht alten Lagern und Zuordnungen, sondern unseren grünen Inhalten gegenüber loyal», sagte Fraktionschefin Künast. Der Grünen-Rebell aus Gelsenkirchen, Robert Zion, warnte seine Partei vor Machtopportunismus.

Fraktionsvize Trittin sagte der «Berliner Zeitung» auf die Frage, ob es eine Koalitionsaussage geben werde: «Nein. Wir werden in den Wahlkampf gehen mit einer klaren Aussage, für was wir stehen.» Wenn man diese Inhalte durchsetzen wolle, werde man sich Gesprächen nicht verweigern können. «Das gilt für alle Parteien», betonte Trittin.

Künast sagte im Bayerischen Rundfunk: «Wir leben in einem Fünf-Parteien-System, und wir können ja nun die Bürgerinnen und Bürger nicht alle drei Monate wieder zur Wahlurne bitten.» Deshalb werde es einen Wahlkampf geben, der nicht auf Rot-Grün setze, sondern auf grüne Inhalte.

In den letzten Bundestagswahlkämpfen hatten die Grünen noch eine Koalitionsaussage zu Gunsten der SPD getroffen. Dies wird es 2009 laut Trittin nicht mehr geben: «Unsere Wähler erwarten, dass wir austesten, mit wem wir was tatsächlich machen können».

Der ehemalige Bundesumweltminister stellte aber klar, er halte eine Zusammenarbeit mit der SPD noch immer für wahrscheinlicher als eine Kooperation mit der CDU: «Die SPD steht uns im Bund in den meisten politischen Fragen noch immer sehr viel näher als die CDU», betonte er. So könne er es sich beispielsweise nur schwer vorstellen, mit der Union Atomkraftwerke abzuschalten oder ein Grundrecht auf Datenschutz umzusetzen. Künast äußerte die Vermutung, am Ende werde es eher auf eine Ampel hinauslaufen als auf Rot-Grün.

Zwtl: Keine «Äquidistanz» zu Union und SPD

Zion, der beim Sonderparteitag zu Afghanistan der Parteiführung eine Niederlage beschert hatte, sagte in der «taz» (Mittwochausgabe): «Ich glaube nicht, dass diese Strategie der Grünen-Führung aufgeht.» An der Basis gebe es nicht den Wunsch, nach anderen Parteien zu schauen, die zu den Grünen passten. «Es besteht die Gefahr bei all dieser Koalitionsspielchen, dass die Grünen ein Image als reine Machtopportunisten bekommen», warnte er.

Die neue Offenheit ist der Tatsache geschuldet, dass Regierungsbildungen in Zeiten von Fünf-Parteien-Parlamenten immer schwieriger werden. Sie ist auch eine Konsequenz der schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen in Hamburg. Die Grünen hatten aber schon auf ihrem Parteitag 2005 betont, dass ihnen «Inhalte vor Macht» gehen. Eine «Äquidistanz» zu Union und SPD gebe es nicht, hieß es immer. Die Gemeinsamkeiten mit der SPD seien größer. Von den beiden Spitzenkandidaten der Grünen hatte bislang Fraktionschefin Renate Künast stärker die Offenheit für schwarz-grüne Bündnisse betont.

Press release: www.pr-inside.com

Kontaktinformation: [e-mail](#)

Erklärung: AP-Nachrichten - The Associated Press, alle Rechte vorbehalten. AP-Nachrichten dürfen ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Associated Press weder veröffentlicht, umgeschrieben oder weiterverbreitet werden, sei dies zu gewerblichen oder anderen Zwecken.

DER SPIEGEL 14/2008 vom 31.03.2008, Seite 27

Autor: René Pfister

GRÜNE

Zurück zu den Wurzeln

Der Übertritt Oswald Metzgers zur CDU symbolisiert den Niedergang der grünen Realos. Linke wie Jürgen Trittin sind dabei, die Partei wieder zu einer sozialen Ökobewegung zu formen.

Es war kein freundschaftlicher Abschied für Oswald Metzger, es gab keinen Dank, keine Blumen, nur ein paar schnell dahingeworfene Gehässigkeiten von den ehemaligen Parteifreunden aus Berlin.

"Reisende soll man nicht aufhalten", rief ihm die Grünen-Chefin Claudia Roth hinterher, als Metzger am Dienstag voriger Woche im Hinterzimmer eines Biberacher Hotels seinen Übertritt zur CDU verkündete, umringt von über zwanzig Journalisten und vier Kamerateams. Die Fraktionschefin im Bundestag Renate Künast sagte, einem wie Metzger könne sie beim besten Willen keine Träne hinterherweinen.

Er war mal haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag; zusammen mit Leuten wie Matthias Berninger und Rezzo Schlauch versuchte er, der Partei wirtschaftspolitische Kompetenz einzuhauchen. Ein paar Jahre waren sie so etwas wie die lässigere Ausgabe der FDP. Metzgers Abgang markiert das endgültige Aus der Superrealos.

Bei den Grünen sind derzeit Entwicklungen im Gange, die auf den ersten Blick kaum zueinander passen. Da gibt es auf der einen Seite Koalitionsverhandlungen mit der CDU in Hamburg. Es sieht so aus, als entstünde dort die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene - ein Bündnis, das die Traditionalisten in der Partei immer bekämpft haben.

Andererseits sind die Parteilinken mächtig wie lange nicht mehr. Fraktionsvize Jürgen Trittin ist dabei, die Grünen zurück zu ihren ökosozialen Wurzeln zu führen, zusammen mit Renate Künast tüftelt er gerade ein Programm für die nächste Bundestagswahl aus: Nein zu Atomkraftwerken, Nein zu Kohlekraftwerken, Tempolimit auf den Autobahnen, dazu eine Grundsicherung für alle. Von Haushaltssanierung oder Steuersenkungen kein Wort. "Wir müssen uns auf den grünen Markenkern konzentrieren und eine Antwort auf die Gerechtigkeitslücken dieser Gesellschaft geben", sagt Trittin, und dazu gehört für ihn auch, dass man sich mit Finanzierungsfragen nicht allzu lange aufhält.

Trittin wird wahrscheinlich Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2009, zusammen mit Künast. Er führt die Grünen aus Überzeugung nach links, aber es steckt auch eine gute Portion machttaktisches Kalkül dahinter. Er weiß, dass die Basis den Flirt mit der CDU nur dann akzeptiert, wenn die Grünen sich inhaltlich rückbesinnen.

Am kommenden Samstag will die Partei auf einem Delegiertentreffen in Berlin ein neues Umverteilungsprojekt beraten, den Ökobonus. Im Gespräch sind 100 Euro, die jeder Bürger jährlich aus der Staatskasse bekommen soll, finanziert über eine Erhöhung der Energiesteuern. So sollen Porschefahrer über ihren Benzinverbrauch Geringverdiener subventionieren, die, so das Kalkül, nicht so viel Energie verbrauchen und somit auch durch höhere Steuern weniger belastet sind.

Das Problem ist bloß, dass nicht nur Porschefahrer zahlen müssten, sondern auch viele Unternehmen, die jetzt schon unter den hohen Energiepreisen ächzen. Noch vor ein paar Jahren hätte es bei den Grünen eine heftige Debatte über solche Vorstellungen gegeben, die Realos unterzogen jede Idee dem Praxistest. Inzwischen ist es ruhig geworden, nicht einmal von Fraktionschef Fritz Kuhn war bislang etwas zu hören.

Kuhn war mit Joschka Fischer lange der heimliche Anführer des Realo-Flügels, aber seit dem Verlust der Regierungsmacht im Jahr 2005 muss er mitansehen, wie sein Einfluss in der Partei beständig schwindet. Erst zerrupfte die Parteilinke, allen voran Jürgen Trittin, sein Thesenpapier zur grünen Marktwirtschaft. Dann verdampften seine Ambitionen auf die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl, weil Trittin und Künast die Sache unter sich ausmachten.

Kuhn kann sich auch deshalb nicht mehr durchsetzen, weil ihm Verbündete fehlen. Zwar gibt es noch Christine Scheel, stellvertretende Fraktionschefin und Expertin für Steuern und Finanzen, die vor ein paar Jahren den Preis der Union Mittelständischer Unternehmen entgegennehmen durfte.

"Wir dürfen die Wähler der bürgerlichen Mitte nicht vernachlässigen", sagt sie. Aber auch Scheel merkt, wie es langsam einsam um sie wird. Als sie kürzlich in der Fraktion dafür warb, Unternehmen nach zehn Jahren die Erbschaftsteuerschuld zu erlassen, erlitt sie eine Niederlage. Das Geld werde für Bildung und Soziales gebraucht, beschied ihr die Fraktionsmehrheit. Scheels Problem ist, dass viele prominente Realos den Parlamentssitz gegen lukrative Posten in der Wirtschaft getauscht haben. Matthias Berninger, einst Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium, verdient jetzt sein Geld beim Schokoriegelhersteller Masterfoods. Margareta Wolf gab vor drei Monaten ihren Posten als wirtschaftspolitische Sprecherin auf und ging zur PR-Firma Deekeling Arndt Advisors, sie hat ein nobles Büro am Berliner Karlplatz, keine fünf Minuten vom Kanzleramt entfernt. Und Ex-Fraktionschef Rezzo Schlauch arbeitet wieder als Anwalt in Stuttgart und ist nebenbei im Beirat des Energiekonzerns EnBW tätig, der unter anderem zwei deutsche Atomkraftwerke betreibt.

Diese Art von Geschäftstüchtigkeit hat dem Ansehen des rechten Parteiflügels geschadet. Die Grünen sehen sich gern als besonders prinzipienfest, und jetzt finden viele ihre Vorbehalte gegen die wirtschaftsfreundlichen Parteikollegen aufs hässlichste bestätigt. Als zuletzt Kuhns außenpolitische Referentin Marianne Tritz als Chefin der neugegründeten deutschen Zigarettenlobby anheuerte, ging eine Welle der Entrüstung durch die Fraktion.

Für die verbliebenen Realos wäre manches leichter, wenn sie wenigstens untereinander eins wären. Doch seit Wochen debattieren sie die Frage, wer die Nachfolge von Reinhard Bütikofer antreten könnte, der im November auf dem Parteitag in Erfurt seinen Posten als Parteichef abgibt und ins Europaparlament strebt.

Geeignete Kandidaten wie der Europaabgeordnete Cem Özdemir oder der hessische Grünen-Chef Tarek Al-Wazir haben abgewinkt, für einen Newcomer aus der Provinz fehlt der Konsens. Dass Joschka Fischer die Realos unterstützt, hilft ihnen auch nur mäßig. Kürzlich machte eine Kolumne des grünen Polit-Pensionärs in der Partei die Runde, in der er Umverteilungspolitik mittels Steuern "blanke Illusion" nannte. Vielmehr böte der jetzige Wirtschaftsaufschwung Gelegenheit für eine "zweite Reformrunde". Jeder wusste, dass dies auch ein Ordnungsruf an die Grünen war. Doch die neuen Spitzenleute schätzen nichts weniger als die ungebetenen Ratschläge des ehemaligen Parteipatriarchen. "Ach, der Joschka", seufzt Renate Künast, wenn mal wieder einer von Fischers Zwischenrufen ertönt.

Trittin will bei der Bundestagswahl das Stammpublikum der Grünen an die Urnen bringen und dazu bei SPD und der Linken wildern. Die Sozialdemokraten sollen sich um die bürgerliche Mitte kümmern. Seine Pläne dafür hat er schon Außenminister Frank-Walter Steinmeier dargelegt, den er sich als nächsten SPD-Kanzlerkandidaten wünscht. Wenn es dann doch nicht für eine Koalition mit den Sozialdemokraten reichen sollte, traut er sich genug Überzeugungskraft zu, die Parteibasis von einer Koalition mit der Union zu überzeugen.

Wenn er sich da mal nicht täuscht. Als Trittin vor ein paar Tagen ankündigte, seine Partei werde ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf starten, erntete er von seinen eigenen Leuten Widerspruch. Claudia Roth beschwerte sich persönlich bei Trittin, und der Parteilinke Robert Zion sagte, er könne vor solchen Koalitionsspielchen nur warnen. "Es besteht eine Gefahr, dass die Grünen ein Image als reine Machtopportunisten bekommen." RENÉ PFISTER

DER SPIEGEL 14/2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG.

Dieser Artikel ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt. Sie dürfen diesen Artikel jedoch gerne verlinken.

Unter <http://corporate.spiegel.de> finden Sie Angebote für die Nutzung von SPIEGEL-Content zur Informationsversorgung von Firmen, Organisationen, Bibliotheken und Journalisten.

Unter <http://www.spiegelgruppe-nachdrucke.de> können Sie einzelne Artikel für Nachdruck bzw. digitale Publikation lizenzieren.

POLITGEFLÜSTER**Raus aus Schalke****Herr Küppersbusch & Frau Zion. SPD: Viele Kandidaten****Von Lars-Oliver Christoph**

Preisfrage: Was geschieht in einer Demokratie, wenn mehrere Kandidaten ein Amt bekleiden wollen? Die „Sendung mit der Maus“ würde antworten: Eine Abstimmung findet statt. In Gelsenkirchen ticken die Uhren bisweilen anders. So wurde in der CDU bekanntlich für den auf den Fraktionsvorsitz schielenden **Wolfgang Heinberg** die Position des „1. Stellvertretenden Fraktions-Chefs“ erfunden. Toll! Und auch die **Sparkasse** war in dieser Woche einfallsreich, damit es am Ende eines Duells um einen Vorstandsposten keinen „echten“ Verlierer gibt: Die Funktion des stellvertretenden Vorstandsmitglieds wurde eingeführt. Der **SPD** dürfte es bei der Vorstandswahl am 26. April allerdings nahezu unmöglich sein, allen Ansprüchen nur im Ansatz gerecht zu werden. Denn: 24 (in Worten: vierundzwanzig) Kandidaten haben sich bisher offiziell für die zurzeit 14 Beisitzerposten gemeldet. Ein Aufblähen des Vorstands, wie früher schon mal praktiziert, fällt flach. Einen Wettstreit wird es definitiv auch beim Kampf um den Parteivorsitz zwischen Amtsinhaber **Dietmar Dieckmann** und **Manfred Leichtweis** geben. Die Aktien des Herausforderers sollen deutlich gestiegen sein, war in dieser Woche von altgedienten Genossen zu hören, die der Parteinarbeit für eine der beiden Seiten unverdächtig sind.

Unverdächtig sind auch **Spiegel** und **taz** - und zwar

hinsichtlich des Vorwurfs, Verlautbarungsorgane für **Robert Zion** zu sein. Sowohl das **Hamburger Magazin** als auch die **Berliner Gazette** holten zuletzt die Meinung des Schriftführers der Gelsenkirchener Grünen zur Situation der Bundespartei ein. Ein weiteres Indiz, dass Zion längst über den Status des „One-hit-wonders“ bzw. der „Ein(partei-)tagsfliege“ hinaus ist und bundespolitisch eine Rolle spielt. Der Journa-

**Friedrich Küppersbusch**

list (und Dortmunder) **Friedrich Küppersbusch** hat ihn sogar für hohe Ämter auf der Rechnung. So war in der **taz** in der montäglichen Rubrik „Wie geht es uns, Herr Küppersbusch“ zu lesen:

taz: *Auch andere Parteien stehen vor Personalfragen, die Grünen beispielsweise. Wer soll Nachfolger von Reinhard Bütikofer werden?*

Küppersbusch: Eine junge Frau aus dem Osten, nehme ich an, also: Robert Zion aus Gelsenkirchen. Er hat die Grünen an ihre friedenspolitischen Wurzeln gemahnt, er weiß aus seinem Wahlkreis, wie es auf Platz vier hinter der Linkspartei ist. Und - freut sich Gott nicht über jede Seele, die man aus Schalke rausholt?

Rebellion gegen schwarz-grüne Machträume



Sie stellte sich: Bärbel Höhn.

Hamm - Zwei Stunden rebelliert die grüne Basis gegen schwarz-grüne Machträume. „Wir dürfen grüne Inhalte nicht wieder für zwei Ministersessel hergeben“, warnt der junge Fundi Dennis Bartel aus Gelsenkirchen die grüne Spitze. „Alle sprechen von Schwarz-Grün. Radikaler kann man die Partei nicht vor die Wand fahren.“

Eigentlich wollte der grüne Landesvorstand den Streit über das Für und Wider von Koalitionen auf der Delegiertenkonferenz in Hamm klein fahren.

Aber die Basis will reden. In der Aussprache geht es hoch her. Der Delegierte Robert Zion lehnt eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU, FDP und Grünen glasklar ab. „Der Stimmzettel darf für unsere Wähler nicht zum Lotterieschein werden, wo die Wähler Nieten wie Merkel und Rüttgers ziehen“, lässt Zion die 280 Delegierten im Hammer Öko-Zentrum jubeln.

Der grüne Landesvorsitzende Arndt Klocke bläst ins selbe Horn. „So viel Rum können die Grünen gar nicht trinken, als dass wir uns am Wahlabend zum Steigbügelhalter einer abgewählten schwarz-gelben Mehrheit machen wollten.“ Arved Bell aus Euskirchen warnt vor verfrühten Koalitionsspielchen. „Wenn wir in NRW Verluste haben wie in Hessen, sind die Grünen weg.“ Bei der Landtagswahl 2005 wählten nur 6,2 Prozent die Grünen in NRW – und mit der Linkspartei ist die Konkurrenz sicher nicht kleiner geworden.

Dass die NRW-Grünen Gewicht eingebüßt haben, zeigt sich schon im Fehlen der Parteiprominenz. Der Parteitag wird zum Stelldichein der Namenlosen – nur die Frontfrau Bärbel Höhn zeigt Flagge in Hamm. „Ich weiß, dass ganz viele Bauchschmerzen haben mit Schwarz-Grün.“ Auch Höhn sieht Risiken, will eine „Option mit den Schwarzen“ aber nicht ausschließen. Wer zehn Jahre mit Beton-Sozis wie Clement und Steinbrück Politik machen musste, für den könne es mit der CDU nicht schlimmer werden.

Wie ein roter Faden zieht sich eine Botschaft durch den Parteitag: Auf Grün kommt es an. Die Angst, zu Binde-Strich-Grünen von rot-grün, rot-schwarz-grün bis zu rot-gelb-grün zu verkümmern, plagt nicht nur die grüne Fraktionschefin Sylvia Löhrmann. Der Delegierte Bartel wird deutlich: „Grüne dürfen nicht zur Scharnierpartei werden.“

VON **WILFRIED GOEBELS**, DÜSSELDORF

13 · 04 · 08

URL: http://www.westfaelische-nachrichten.de/aktuelles/nrw/?em_cnt=236691&em_loc=382

© Westfälische Nachrichten - Alle Rechte vorbehalten 2008

„Kein Lotterieschein werden“

VON WILFRIED GOEBELS, 13.04.08, 21:11h

HAMM. Zwei Stunden rebelliert die grüne Basis gegen schwarz-grüne Machtträume. „Wir dürfen grüne Inhalte nicht wieder für zwei Ministersessel hergeben“, warnt der junge Fundi Dennis Bartel aus Gelsenkirchen. „Alle sprechen von Schwarz-Grün. Radikaler kann man die Partei nicht vor die Wand fahren.“

Eigentlich wollte der grüne Landesvorstand die Koalitionsdebatte auf dem Hammer Landesparteitag klein fahren. Aber die Basis will reden. In der Aussprache geht es hoch her. Der Delegierte Robert Zion lehnt eine „Jamaika-Koalition“ aus CDU, FDP und Grünen ab. „Der Stimmzettel darf für unsere Wähler nicht zum Lotterieschein werden, wo die Wähler Nieten wie Merkel und Rüttgers ziehen“, lässt Zion die 280 Delegierten im Hammer Öko-Zentrum jubeln. Der grüne Landesvorsitzende Arndt Klocke bläst ins selbe Horn. „So viel Rum können die Grünen gar nicht trinken, als dass wir uns am Wahlabend zum Steigbügelhalter einer abgewählten schwarz-gelben Mehrheit machen wollten.“ Arved Bell aus Euskirchen warnt vor verführten Koalitionsspielchen. „Wenn wir in NRW Verluste haben wie in Hessen, sind die Grünen weg.“

Bei der Landtagswahl 2005 wählten nur 6,2 Prozent die Grünen in NRW - und mit der Linkspartei ist die Konkurrenz nicht kleiner geworden. Dass die NRW-Grünen politisches Gewicht eingebüßt haben, zeigt sich schon im Fehlen der politischen Parteiprominenz. Nur die grüne Frontfrau Bärbel Höhn bekennt Flagge - und äußert „Bauchschmerzen mit Schwarz-Grün“. Mit dem Tagungsmotto „Keine Macht dem Schnüffelstaat“ setzen die Grünen auf inhaltliche Abgrenzung. Keine Videoüberwachung, keine Online-Durchsuchungen auf privaten Computern. Auch das neue „Turbo-Abitur“ lehnen die Grünen ab.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1207494028043>

 SCHLIESSEN

Alle Rechte vorbehalten. © 2008 **Kölnische Rundschau**

GRÜNE

Querdenker gegen Parteienker

In Hamburg kommt das erste Bündnis mit der CDU – ein Modell für andere Landesverbände?

■ VON Markus Fels

Robert Zion hat eine Mission, die ihm in diesen Tagen viel Arbeit beschert. Der grüne Querdenker aus Gelsenkirchen warnt seine Partei beharrlich vor Opportunismus und Substanzverlust. Beides droht umso mehr – meint Zion – seit sich die Hamburger Grüne Alternative Liste (GAL) und die Union auf die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene geeinigt haben. Wenn der Verdacht aufkomme, dass die Grünen das auch im Bund vorhaben, könne das die Partei ein Drittel ihrer Wähler kosten, sagt Zion voraus.

Eine starke These. Aber für seine Streitbarkeit ist Zion spätestens seit dem Sonderparteitag der Grünen zu Afghanistan bekannt. Dem Bundesvorstand fügte er in Göttingen eine schwere Niederlage zu. Seither gilt er als Wortführer der linken Basis. „Die Landesverbände in Hessen und Hamburg sind schon lange sehr bürgerlich aufgestellt und haben kaum noch einen linken Flügel“, begründet Zion seine Verlustprognose: „Beide haben bei den Landtagswahlen rund ein Viertel ihrer Wähler verloren.“

Das erste schwarz-grüne Bündnis, das eine Mitgliederversammlung der Hamburger GAL an diesem Sonntag absegnen soll, sorgt für reichlich Diskussionsstoff. Ist es ein Modell für andere Landesverbände? Gar für den Bund? Oder setzt die Partei, wie Robert Zion warnt, Stimmen aufs Spiel? Arndt Klocke ist Vorsitzender der Grünen in Nordrhein-Westfalen. Anders als Zion sieht er seine Partei jedoch nicht vor erdrutschartigen Einbußen. „Für Stimmverlusten nach schwarz-grünen Koalitionen gibt es bisher keinen Beleg“, erklärt Klocke und verweist auf gut zwanzig schwarz-grüne Koalitionen an Rhein und Ruhr auf kommunaler Ebene. Beispiel Köln: Obwohl es vor der Kommunalwahl 2004 in der Domstadt ein schwarz-grünes Bündnis gab, konnten die Grünen im Vergleich zu 1999 noch zulegen.

Die nächsten Landtagswahlen in NRW finden zwar erst 2010 statt. Auf dem grünen Landesparteitag Mitte April erhitzte die Debatte über mögliche Bündnisse mit der CDU dennoch bereits jetzt die Gemüter. Die Basis rebellierte in Hamm gegen schwarz-grüne Machtträume. Auch Klocke wettete dagegen. Die Grünen wollten sich am Wahlabend nicht zum „Steigbügelhalter“ einer abgewählten schwarz-gelben Mehrheit machen.

Arbeitsteilung an der Spitze

Dass gerade der Realo Klocke Attacken gegen die Union reitet, wirkt zunächst ebenso überraschend wie die Tatsache, dass die Parteilinke Bärbel Höhn eher die Gemeinsamkeiten mit der Union betont. Bei näherem Hinsehen ist die Blaupause für diese Arbeitsteilung beim Spitzentandem der Bundesgrünen zu finden. Während der Parteilinke Jürgen Trittin dort in den vergangenen Wochen eher den Part spielte, die Partei für

Schwarz-Grün zu öffnen, bremste die „Reala“ Renate Künast bei neuen Farbenspielen.

Das offensichtliche Kalkül dieser Strategie, sei es nun auf der Landesebene oder im Bund: Sollte es am Wahlabend nur für Bündnisse mit der Union reichen, muss ein Linker das der skeptischen Basis vermitteln. Parteirebell Zion fühlt sich dabei unweigerlich an die Vorgeschichte von Rot-Grün im Bund erinnert: „Das ist ein Erbe des Systems Fischer und der Regierungszeit. Die Spitzen-Realos geben die Machtoptionen vor. Aufgabe der Parteilinken an der Spitze ist es, die linke Basis mitzunehmen.“

So weit, dass sie über diese Strategie Nachdenken müssten, sind die Grünen in Hessen noch nicht. Auch, wenn es rein rechnerisch für eine Jamaikakoalition im Wiesbadener Landtag reichen würde. Seit die Hamburger Grünen und die Union auf ein Bündnis zusteuern, wird Tarek Al-Wazir, der Grüne Landes- und Fraktionsvorsitzende, von Roland Kochs Union heftig umworben.

Pressefotos aus den vergangenen Wochen zeigen zwei Politiker, die sich freundlich anlächeln – Bilder, die in der heißen Phase des polarisierenden Wahlkampfes völlig undenkbar waren. Al-Wazir verweigerte Koch bei einem gemeinsamen Auftritt vor der Wahl sogar einmal den Handschlag. Aktuelle Fotos suggerieren, dass Roland Koch und Tarek Al-Wazir seitdem einen weiten Weg zurückgelegt haben, und zwar aufeinander zu.

Bilder sagen aber nicht immer mehr als tausend Worte. Manchmal sogar nur die halbe Wahrheit. Al-Wazir erinnert sich an die konstituierende Sitzung des Wiesbadener Landtags und die ersten Arbeitssitzungen. Roland Koch sei damals zu ihm gekommen, habe ihm einen guten Morgen gewünscht und kurz mit ihm geplaudert. Die Fotografen hatten ihr Motiv. „Es ging offensichtlich darum, Bilder zu inszenieren“, glaubt der Grüne und stellt klar: „Das heißt noch nicht, dass sich bei der hessischen CDU in der Sache etwas verändert hätte.“

Weiter Weg

Die Demarkationslinie, die in Hessen einer Annäherung zwischen Grünen und Union im Wege steht, ist offenbar historisch gewachsen. Al-Wazir spricht von der „Dregger-Kanther-Koch-Linie“, die in der Partei fortwirke. „Insofern ist für uns der Weg zur hessischen CDU besonders weit.“ Anders als für die Hamburger Grünen der Weg zu Ole von Beust, betont Al-Wazir. Dort habe die CDU in der Bildungspolitik noch zu Zeiten der absoluten Mehrheit gezeigt, dass bei ihr „zumindest ein Problembewusstsein vorhanden ist“, etwa bei der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu Stadtteilschulen. Solche Vorschläge hätten die Grünen auch in Hessen gemacht – ohne Erfolg: „Sie sind von der Union immer als der Untergang des Abendlandes gegeißelt worden“, sagt Al-Wazir.

Flügel ohne Mullahs

Die Strömungen spielen bei Grünen-Personalia eine Rolle, doch ihre Bedeutung nimmt ab / Von Stephan Löwenstein

BERLIN, 12. Juni

Die Suche der Grünen nach einem neuen Parteivorsitzenden und der sich jetzt herauskristallisierende Zweikampf zwischen Cem Özdemir und Volker Ratzmann hat die Parteiflügel oder Strömungen wieder in den öffentlichen Blickpunkt gerückt. Die Nachfolge Reinhard Bütikofer, der im November an der Parteispitze aufhören und ein Europamandat anstreben will, sei eine Flügelangelegenheit, heißt es. Und tatsächlich fand die Suche nun auch in informellen Gesprächszirkeln statt und blieb in den Parteigremien außen vor. Auf den Strömungstreffen indessen wurde die Personalfrage ausführlich erörtert.

Da Bütikofer dem sogenannten realpolitischen Flügel angehört, ist es vorrangig an dieser Strömung gewesen, einen Kandidaten zu finden. Dem entsprachen die Namen, die zunächst gehandelt wurden: Anja Hajduk, Antje Hermenau, Boris Palmer, Cem Özdemir, Katrin Göring-Eckardt, Tarek Al-Wazir. Alle diese jüngeren Realos (bis auf Frau Göring-Eckardt, die aber in der Gesamtpartei als nicht mehrheitsfähig gilt) winkten nach Bütikofer Rückzugankündigung im März mit Verweis auf ihre derzeitige politische oder private Unabkömmlichkeit ab, wofür die "Frankfurter Rundschau" den schönen Begriff der "Generation Kann-gerade-nicht" fand.

All das scheint im Widerspruch zu der Parole zu stehen, die Grünen-Politiker in den vergangenen Jahren gern verbreitet haben: dass die Parteiströmungen von Linken und Realos immer irrelevanter würden. Wenn sich bei einer umstrittenen partei- oder fraktionsinternen Entscheidung Protagonisten beider Strömungen auf beiden Seiten finden, wird stets auf diesen Umstand hingewiesen. Und solche Auseinandersetzungen hat es seit dem Ende von Rot-Grün immer wieder gegeben. Etwa als 2006 in der Bundestagsfraktion über ein Konzept zur Entsorgung von Atommüll gestritten wurde und ein Konzept des Realos Reinhard Loskes gegen eines des Linken Jürgen Trittin stand. Damals stimmten (und unterlagen) Linke mit Loske, und Realos hielten es mit Trittin. Das Beispiel ist markant, denn es ging neben der Sache auch um die Frage von Kontinuität (Trittins Vorschlag) und Diskontinuität (Loskes Vorschlag) zur rot-grünen Regierungsvergangenheit.

Die Regierungszeit hat viel verändert im Selbstverständnis der Strömungen und in deren Verhältnis zueinander. Zu Beginn, in den achtziger Jahren, hatten sie sich um genau diese Grundfrage kristallisiert: ob die Grünen eine reine Oppositionspartei sein oder auf

Politikgestaltung durch Regierungsbeteiligung zielen sollten. Damals wurden sie "Fundamentalisten" und "Realpolitiker" genannt, beides in durchaus ironischer Absicht: Bei den einen schwang ein bisschen Bismarck mit und bei den anderen ein bisschen Chomeini. Nicht zufällig klagte Petra Kelly (die sozusagen einen eigenen, in hoher Frequenz schlagenden Kolibriflügel bildete) einmal über die Macht der "Flügelmullahs".

Die "Flügelmullahs" aber, die über die Lehre wachen, Abweichler bestrafen und in der jeweiligen Strömung voranschwimmen, gibt es nicht mehr. Viele "Fundamentalisten" verließen die Grünen, ihr Parteiflügel wurde nach der außerparlamentarischen Dürreperiode 1990/94 umbenannt in die "Linken". Bei diesen Übernahmen in den neunziger Jahren ludger Volmer und Jürgen Trittin die Führungsrolle, die Realos hatten Joschka Fischer. 1998 wurden Fischer und Trittin Minister, und auch Volmer, der kurz zuvor noch die Nato hatte abschaffen wollen, wurde Staatsminister und trug seither still die Regierungspolitik samt Kosovo-Krieg mit. Fortan sprach man von den "Regierungslinken".

Zwar gab es noch Parlamentarier wie Christian Ströbele und Winfried Hermann, die die reine Lehre mehr oder weniger wahrten, wenn auch nur für sich selbst. Sorgsam wurden in den entscheidenden Abstimmungen die Neinstimmen so abgezählt, dass die rot-grüne Mehrheit gewahrt blieb. Dass es andere (zumeist Frauen) auf sich nahmen, "umzufallen", damit die beiden standhaft bleiben konnten, trug zu ihrem Nimbus bei, der nicht zuletzt zum Berliner Direktmandat für Ströbele beigetragen hat. Andererseits taugt Ströbele durch diese Historie nur noch zur linken Ikone, nicht aber zum "Flügelmullah".

Inhaltlich lässt sich eine Trennlinie zwischen den Flügeln kaum mehr ziehen. Gerne werden die Gegensätze dialektisch zusammengeführt: "Realismus und Substanz" nennt sich eine strömungsübergreifende Gruppe von Konzeptpapierschreibern. "Neuen Realismus und neue Radikalität" forderte der Umweltpolitiker Loske, inzwischen Senator in Bremen, auf dem letzten Bundesparteitag. In der Sozialpolitik warben Exponenten des Realo-Flügels für ein allgemeines Grundeinkommen, ein Konzept, das mit Realpolitik ungefähr so viel zu tun hat wie der griechische Fußball mit dem Europameistertitel.

Ein Weckruf für die Flügel war letztes Jahr der Göttinger Afghanistan-Parteitag. Von einer Basisinitiative erzwungen, mit chaotischem Verlauf, erbrachte er einen Beschluss, in dem sowohl Beendigung als auch Fortsetzung des Militäringagements am Hindukusch verlangt wurden. Weder Strömungslinke noch Realos hatten eine Strategie für den Kongress. Die Frontleute beider Seiten - der undurchsichtig taktierende Trittin wie auch die frontal vor die Wand laufenden Kuhn, Künast und Bütikofer - blieben zerzaust zurück. Sie mussten feststellen, dass sie es versäumt hatten, gezielt schon während der Delegiertenaufstellung in den Versammlungen der Kreisverbände Einfluss zu nehmen - und es war die besorgte Frage zu vernehmen, ob das überhaupt noch möglich sei. Waren früher heikle Entscheidungen, zumal Personalentscheidungen, strömungsorientiert bis hinunter in Ortsverbände vorbereitet worden, ist man sich heute nicht mehr sicher, ob die Transmissionsriemen noch funktionieren.

Diese Sorge ist nun vor allem bei den Realos zu spüren, die erkannt haben, dass die Linken geschlossener agieren als sie. Hinter der Parteivorsitzenden Claudia Roth, die im Amt bleiben will, hat sich der linke Parteiflügel geschlossen versammelt. Obwohl Frau Roth auch dort nicht unumstritten ist, ist sie vorerst unangefochten - auch wenn schon jetzt abzusehen ist, dass das in zwei Jahren anders sein wird. Die Realos haben offenbar die Sorge, an den Rand gedrückt zu werden, wenn sie nicht einen der Ihren für den Parteivorsitz durchsetzen. Daher wird die Fraktionsvorsitzende Renate Künast, die wegen ihrer inhaltlichen Positionierung bei den Linken längst als Reala verbucht wird, von einigen auf diesem Flügel als Fremdkörper wahrgenommen. Sie stammt politisch aus Berlin, wo die Parteiströmungen - vor allem in Ermangelung eines starken Realo-Flügels - nie eine so starke Rolle spielten wie anderswo. Realpolitische Positionen (im grünen Sinne), aber auch die Strömungsungebundenheit hat der Berliner Landespolitiker Ratzmann mit Frau Künast gemeinsam, die Ratzmann als Kandidaten für den Parteivorsitz jüngst öffentlich unterstützt hat. Özdemir hingegen ist Fleisch vom realpolitischen Fleische.

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob sich der Parteiflügel wirklich geschlossen hinter diesem Kandidaten versammeln lässt, der anfangs ja selbst von seiner Eignung für das Vorsitzendenamt nicht überzeugt war. Der Parteitag im November wird aber auch erweisen, ob die alten Strömungen wirklich Zukunft haben.

Zum einen gibt es viele, vor allem Jüngere, die mit der alten Bipolarität nicht mehr viel anfangen können. Auf diese Schicht setzt offenkundig Ratzmann. Zum anderen ist als Reaktion auf die Regierungszeit eine Unterströmung entstanden, die man als "Basislinke" bezeichnen könnte. Ihre Protagonisten wurzeln teils in der Grünen Jugend, teils haben sie Schnittmengen mit den Globalisierungsgegnern von Attac. Diese Unterströmung ist, wie etwa der Afghanistan-Parteitag gezeigt hat, durchaus wirkmächtig. Außerdem sind diese ebenfalls meist jüngeren Grünen eher untereinander vernetzt als im linken Parteiflügel organisiert - und von diesem nur begrenzt steuerbar. Daher sind Verabredungen zwischen den Flügeln auch deutlich schwieriger geworden.

Text: F.A.Z., 13.06.2008, Nr. 136 / Seite 12

Gut, wahr, schön und grün

Nicht nur der »Pullerskandal« erschüttert die Grünen. Auch wollen einige Mitglieder, dass die Partei wieder ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei wird. Sie haben ein Manifest geschrieben und mögen Jürgen Trittin.

von *Pascal Beucker*

Robert Zion hat große Ziele. Nicht weniger als die Linke in seiner Partei und am liebsten noch über seine Partei hinaus will der 42jährige Grüne erneuern. Dazu hat er ein »Manifest« verfasst. Es trägt den Titel »Links-libertär«. Sein Aufruf sei »Ausdruck eines dringenden Bedürfnisses nach einem Aufbruch in eine andere Gesellschaft, nach Transformation und Emanzipation, nach Alternativen in einer zugleich müde, autoritär und ritualisiert gewordenen Parteienkultur«, sagt Zion. Klingt cool, oder?

»**Was wir anzubieten haben, ist Freiheit und Solidarität**«, heißt es in **Zions Manifest**. Der diplomierte Sozialwissenschaftler fordert »neue Akteure, ein neues Sensorium, eine neue Sprache, eine neue Politisierung und neue Bündnisse«. Sein Zauberwort lautet: »solidarischer Individualismus«. Dieser verlange nach einer »neuen Basis«. Daher mache er, Zion, »allen, die mit uns aufs freie Feld hinaus« wollten, ein »neues Angebot«: »den ÖkologInnen, den FreiberuflerInnen und Selbstständigen, den Friedensbewegten, den FeministInnen und MigrantInnen, den Prekarisierten, den Erwerbslosen, den Kreativen und der digitalen Bohème«. Aber er ist bescheiden. Zunächst würden ihm schon 500 Unterschriften reichen. Die Unterzeichner können dann von sich sagen, sie seien »aus Überzeugung emanzipatorisch und links, was für uns dasselbe ist«.

Seit seinem Coup auf der Göttinger »Afghanistan-Bundesdelegiertenkonferenz« im September vergangenen Jahres, als Zion die Nomenklatura der Partei lehrte, was wahrer Frieden ist, gilt der Kreissprecher der Gelsenkirchener Grünen als politischer Aufsteiger. Mit ihm hat die über die Jahre so arg dezimierte und desavouierte Parteilinke plötzlich und unerwartet wieder ein Gesicht bekommen. Zu rot-grünen Regierungszeiten sorgte sie vor allem dadurch für Aufsehen, dass ihre Protagonisten von Claudia Roth bis Jürgen Trittin sich im Zweifel stets fürs Dabeisein entschieden: für den Abbau von Sozial- und Grundrechten, für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Zion, gelernter Koch und Mitglied bei Attac, der eine Zeit lang Philosophie studierte und ein Programmkinobetrieb, steht indes für das Gute, Wahre, Schöne. Sogar jene längst abgerissenen vier »Grundsäulen« der Grünen will er wieder aufrichten lassen: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Aber ein »Fundist« ist er sicher nicht. Sonst wäre er, der Willy Brandt und Petra Kelly als seine politischen Vorbilder bezeichnet, wohl nicht erst im Jahr 2002 bei den Grünen eingetreten – also zu einem Zeitpunkt, als andere desillusioniert über die rot-grüne Regierungstristesse die Partei in Scharen verließen.

In einem »schmerzhaften Prozess« hätte die Gründergeneration gelernt, »regierungsfähig« zu werden. Jetzt sei es notwendig, »unsere Oppositionsfähigkeit wieder zu erlernen«. Das erst werde ein »endgültiges Ankommen in der Politik bedeuten«. Dazu gehöre neben einer »schonungslosen Aufarbeitung des Systems Fischer« auch ein »Generationenumbruch« – für manche aus der in die Jahre gekommenen Funktionärsriege der Grünen eine Horrorvorstellung.

Wirkliche Sorgen müssen sich die einst in den Kämpfen der siebziger Jahre zwischen K-Gruppen und Spontis gestählten Altvorderen um Jürgen Trittin indes noch nicht machen. Denn es ist alles nicht so ernst gemeint, wie es klingt. Trittin darf durchaus mit der Unterstützung von Zion & Co. rechnen, wenn es um die Frage geht, ob er als grüner Spitzenkandidat für die Bundestagswahl nominiert wird. Dazu müsse er allerdings »unsere Themen erkennbar

wahrnehmen«, beschlossen die »GrünLinken« auf ihrem Treffen im Kasseler Philipp-Scheidemann-Haus am - vorvergangenen Wochenende. Die unvermeidliche Claudia Roth kann bei ihrer erneuten Kandidatur für den Parteivorsitz auf der Bundesdelegiertenkonferenz Mitte November in Erfurt die Zustimmung des linken Parteiflügels bereits fest einplanen.

Dass sich Zion selbst bei der kommenden Bundestagswahl um einen aussichtsreichen Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste bewerben wird, halten grüne Parteistrategen für ausgemacht. Und sie räumen ihm die besten Chancen ein. Ökonomisch betrachtet dürfte der Parlamentsjob für einen »Angehörigen des akademischen Prekariats« (Zion über Zion) zumindest nicht uninteressant sein. Zion, den es im Jahr 1999 der Liebe wegen von Kassel nach Gelsenkirchen verschlug, weist solche Spekulationen derzeit noch offiziell als »Quatsch« zurück. Aber wohl nicht mehr lange. Geübt hat Zion übrigens schon einmal: Im Bundestagswahlkampf 2005 bewarb er sich um ein Direktmandat – und erreichte ein Ergebnis von 2,66 Prozent der Erststimmen. Gelsenkirchen ist nicht Kreuzberg.

Zion wäre nicht der erste, den die Grünen aus der trostlosen Ruhrgebietsstadt nach Berlin schicken. Mit dem früheren Parteivorsitzenden Ludger Volmer, der einst auch als Linker galt, dann nach dem rot-grünen Wahlsieg 1998 willfähriger Staatsminister in Joschka Fischers Auswärtigem Amt wurde und seit der vergangenen Wahl ein abgehalfterter Politpensionär ist, trifft sich Zion manchmal. »Wir haben eine philosophische Verbindung«, erzählt er. Vielleicht dient ihm Volmer ja als warnendes Beispiel. Eine Verbindung hält Zion auch zu dem aus der Partei der Grünen ausgetretenen Münsteraner Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel, ursprünglich einer der Mitinitiatoren jenes grünen Sonderparteitags, auf dem Zions Stern aufging. Inzwischen ist Sagel der erste »Linke« im Düsseldorfer Parlament. Den Wechsel kann Zion allerdings nicht nachvollziehen. Die Linkspartei sei doch »überhaupt keine Alternative«, sagt Zion im Brustton der Überzeugung. Die »Linke« habe nichts weiter als »Sozialismusromantizismen« anzubieten und bediene sich nur »aus dem Fundus von gestern«.

Dabei bedient sich Zion ebenfalls gerne aus diesem Fundus. Warum auch nicht? Das wärmt schließlich jedes linke Herz. Die »links-libertären« Grünen, so hat es Zion in seinem »Manifest«, nach Marx, formuliert, seien »der Überzeugung, dass es eine Gesellschaft geben kann, ›worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«.

Solche Töne klingen wie aus jenen Tagen, als sich linke Grüne noch »Ökosozialisten« nannten. Damals, Mitte der achtziger Jahre, formulierten Thomas Ebermann und Rainer Trampert in ihrem – mit unzähligen Marx-Zitaten versehenen – Buch »Die Zukunft der Grünen« ihr vermeintlich »realistisches Konzept für eine radikale Partei«. Sowohl das »realistische Konzept« als auch die »radikale Partei« waren geflunkert. Aber sie schrieben darin einen Satz, der genau so auch heute in Zions Manifest stehen könnte. »Den Menschen soll es gut gehen, eine bessere und radikalere Maxime gibt es nicht.« Solche Flausen sind selbstverständlich völlig regierungsuntauglich – ob die Grünen nun den Juniorpartner der SPD oder der CDU geben wollen.

Ebermann und Trampert zogen daraus die notwendigen Konsequenzen und traten 1990 aus. Im Freitag schrieb Zion kürzlich, mit dem Weggang »der nicht kompromissfähigen dogmatischen Ökosozialisten« sei seinerzeit die »zur Überlebensfähigkeit notwendige Neuaufstellung« der Grünen erfolgt.

Tom Strohschneider

Leerer Rahmen

Politik

Kultur

Literatur

Start

Service

Recherche

SCHNITTMENGEN ■ *Die Debatte über ein gemeinsames Projekt von SPD, Grünen und Linkspartei war schon einmal weiter*

Kurt Beck ist sehr bemüht, den Begriff Linkspartei nur mit dem Zusatz "so genannte" über seine Lippen kommen zu lassen. Oskar Lafontaine nennt die SPD so oft es geht "nicht koalitionsfähig". Abgrenzung ist erste Sozialdemokraten-Pflicht. Und die Schmuttelkinder zahlen es mit gleicher Münze heim.

Abseits der medialen Schlachtordnung wird freilich über gemeinsame Machtperspektiven nachgedacht. "Es ist nicht unsere Aufgabe, die Großen nachzuspielen", sagt die Juso-Chefin Franziska Drohsel. "Jegliche Abschottungspolitik gegenüber der Linkspartei bringt nichts." Ähnliches hört man von linken SPD-Abgeordneten im Bundestag, deren "Denkfabrik" gerade erst ein Strategiepapier vorgelegt hat, dass sich gegen eine Tabuisierung der Linken wendet. Man müsse "die Frage beantworten, in welcher politischen Konstellation unsere Projekte realisierbar sind" und verhindern, dass Gespräche darüber "zum ersten Mal im Rahmen von Koalitionsverhandlungen geführt werden".

Neu erfunden werden müsste das Rad dazu nicht. Kontakte und Debatten zwischen SPD, Linkspartei und Grünen gibt es längst. Die aktuellen Bemühungen aber bleiben meist auf die Forderung beschränkt, doch bitte endlich in den Streit um Inhalte zu treten. Mehr geht derzeit womöglich nicht.

Man war aber schon einmal weiter. Mitte der neunziger Jahre führten linke Sozialdemokraten, aufgeschlossene Grüne und Leute aus der PDS die so genannte Crossover-Debatte. Ende 1997 befasste sich zum Beispiel eine Konferenz in Bochum mit Grundzügen möglicher Reformprojekte, seinerzeit zusammengeführt in einem ökologisch-solidarischen New Deal. Wer wollte, konnte anhand ausführlicher Papiere über arbeitszeitorientierte Steuerpolitik streiten. Oder, um ein anderen Beispiel zu nennen, über die Idee eines von Gewerkschaften kontrollierten Investitionsfonds, der Mitbestimmung über das Produktivkapital ermöglichen sollte. Was damals nur "Zwischenstand der Diskussion" sein sollte, wurde für lange Zeit ihr Ende. Mit dem Amtsantritt von Rot-Grün hatten sich die Bedingungen für die parteiübergreifende Suche nach einem gemeinsamen Projekt erst einmal erledigt.

Seither hat es Revitalisierungsversuche gegeben, doch die Debatte scheint festgefahren. Bei der Linken sorgt das ungelöste Problem der Regierungsbeteiligung für blockierende Phantomschmerzen. Bei der SPD kommt man über eine formale Ebene nicht hinaus: Man müsse mit der Linken doch wenigstens reden dürfen. Anderes als weit gefasste Grenzziehungen findet man daher selten. Stefan Liebich vom *Forum Demokratischer Sozialismus* in der Linkspartei nennt "Solidarität und Gerechtigkeit, Schutz und Ausbau von Bürger- und Freiheitsrechten, die Verbindung der ökologischen und der sozialen Frage und eine friedliche Außenpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert" als "Schnittmengen, die es auszuloten gilt". Bei der SPD-Linken liest sich das ganz ähnlich. Doch der Rahmen, der hier gezogen wird, bleibt leer. Das fehlende Bild darin müsste am Ende mehr umfassen als eine Art Koalitionsvertrag, also eine Zusammenfassung des realpolitisch

Machbaren.

Auffällig ist zudem, dass die Debatte inzwischen fast ausschließlich zwischen Linkspartei-Reformern und SPD-Linken geführt wird, Grüne sind daran kaum beteiligt. Im vergangenen Herbst wies Robert Zion daraufhin, dass manche in seiner Partei sich zwar an das "ursprüngliche Projekt der Grünen, die postfordistischen Arbeits- und Produktionsweisen in emanzipatorischer Absicht wirtschaftspolitisch zu gestalten und sozial abzusichern" wieder erinnerten. "Was dies für einen Crossover-Prozess bedeutet", schrieb er damals im *Freitag*, "ist jedoch noch völlig unklar." Zion wirbt inzwischen für "ein neues Angebot", Überschrift: "Links-libertär". Zwar taucht auch hier die strukturelle Mehrheit wieder auf, die nicht nur in Umfragen existieren dürfe, sondern die es politisch "zu realisieren" gelte. Ist die Idee des "solidarischen Individualismus" aber wirklich kompatibel mit den eher machtstrategisch ausgerichteten Überlegungen der SPD-Linken und Linkspartei-Reformer? Für ein Grundeinkommen und andere Wünsche aus der Kulturlinken braucht man wohl doch "neue Bündnisse".

Vielleicht existieren diese sogar schon: Den Aufruf von Zion haben inzwischen auch Mitglieder der Linkspartei unterschrieben, vornehmlich Grundeinkommens-Anhänger und Vertreter der kleinen Strömung *Emanzipatorische Linke*. Aus der SPD findet sich hingegen keine Unterschrift. Eine Neuauflage der alten Crossover-Debatte ist derzeit wohl weniger zu erwarten, getrennte Diskussionen in ihrem Sinne schon.

 mail an die Redaktion  nach oben

[Impressum](#) - [Archiv & Recherche](#) - [Abonnement](#)

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/div/;art771,2552466>

Linke Grüne kritisieren Kandidaten für Parteivorsitz

17.6.2008 0:00 Uhr

Berlin - Der linke Parteiflügel der Grünen will sich im Kampf um den künftigen Vorsitzenden der Partei nicht von Entscheidungen der Realpolitiker abhängig machen. Wenige Tage vor Beratungen der Realpolitiker über die Nachfolge von Reinhard Bütikofer am Wochenende übten Linkenvertreter Kritik an den zwei Kandidaten Cem Özdemir und Volker Ratzmann. Die Doppelspitze wird bei den Grünen traditionell von beiden Parteiflügeln gestellt. Parteichefin Claudia Roth von der Parteilinken will sich anders als Bütikofer erneut bewerben.

„Die Linke hat keinen Favoriten“, sagte der Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann dem Tagesspiegel. Indirekt übte er Kritik an unkonkreten programmatischen Aussagen beider Bewerber. „Jeder Kandidat muss vor allem darlegen, wohin er mit der Partei inhaltlich will und wie er alle, Linke und Realos, dabei mitnehmen will“, forderte Hermann. Andere Linkenvertreter erklärten mit Blick auf Özdemir, ihr Flügel werde „keinen Favoriten einfach abnicken, den eine Handvoll Jung-Realos als Parteichef ausgerufen hat“.

Auch für den Sprecher der linken Basis-Grünen, Robert Zion, hat sich noch kein Favorit herausgeschält. Zion übte an beiden Bewerbern Kritik. „Das höchste Parteiamt darf bei der Landeslisten-Aufstellung nicht zur Geisel eines Kandidaten werden, der sonst nicht in den Bundestag käme“, meinte der „Parteirebell“ mit Blick auf Özdemir. Der Baden-Württemberger Özdemir will vor dem Wahlparteitag im Herbst einen aussichtsreichen Listenplatz erringen. Kritiker werfen ihm vor, er setze so die Delegierten bei der Listenwahl unter Druck. Zu Ratzmanns Offenheit gegenüber einer Koalition mit der CDU meinte Zion: „Das ist kein positiver Faktor.“ Zion forderte die Bewerber auf, sich zum Afghanistanbeschluss des Göttinger Parteitags zu bekennen. Die Entscheidung für einen Kandidaten sei nicht von einer Empfehlung der Realpolitiker abhängig, erklärte er.

Auch ein Treffen der Linken Ende Mai hatte nach Angaben von Teilnehmern zu keiner einheitlichen Linie geführt. Teile der Linken plädierten dafür, den in ihren Augen schwächeren Kandidaten Özdemir zu wählen, um so den eigenen Flügel gegenüber den Realpolitikern zu stärken. Andere Teilnehmer warnten dagegen, auch die Linke könne im Jahr der Bundestagswahl kein Interesse an einem schwachen Parteichef haben, da sonst mit Stimmenverlusten zu rechnen sei. hmt

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 17.06.2008)

Auch Grüne gehen auf Distanz zum Bundeswehr-Einsatz

Von Matthias Kamann 24. September 2008, 02:22 Uhr

Berlin - Jürgen Trittin hat sich zum Thema Afghanistan festgelegt. Vor ein paar Tagen plädierte der Grünen-Fraktionsvize für "eine möglichst geschlossene Enthaltung" der grünen Abgeordneten, wenn der Bundestag über die Bundeswehrmandate abstimmt. Und da sich Trittin mittlerweile mit der übrigen Parteiführung abstimmt, ließ er so zugleich klar werden, was in diesem Jahr bei den Grünen nicht passiert: dass sich Interventionsbefürworter und Pazifisten wieder dermaßen zerstreiten wie 2007.

Vielmehr zeichnet sich eine weitgehende Einigung auf eine Position großer Skepsis ab, bei der die militärische Absicherung des Wiederaufbaus nicht infrage gestellt wird, aber die Kritik an der Bundesregierung weit überwiegt. Zwar werden die Grünen nicht einheitlich abstimmen. Doch während es bei ihnen 2007 zum Isaf-Einsatz noch 15 Ja- und sieben Neinstimmen bei 30 Enthaltungen gab, dürfte jetzt die Zahl der Enthaltungen zunehmen. Mögliche Befürworter halten sich bedeckt. So will der Verteidigungsexperte Omid Nouripour, der unlängst in Afghanistan war und 2007 für Isaf stimmte, "abwarten, was die Regierung in den Mandatstext schreibt", wie er der WELT sagte. Wer noch mit Ja stimmen will, mag dies laut Fraktionsverabredung in seiner Gewissensfreiheit tun, was aber bedeutet, dass er nur als Ausnahme geduldet wird.

Laut bekräftigt haben hingegen die Einsatzkritiker ihre Position, darunter die Abgeordneten Winfried Hermann und Wolfgang Strengmann-Kuhn, der Fundamentallinke Robert Zion, Vorstandsmitglied Astrid Rothe-Beinlich sowie der neugrüne Attac-Mitbegründer Sven Giegold. Auch wenn die drei Letztgenannten - "dieser Krieg trägt inzwischen alle katastrophalen Insignien des Sinnlosen in sich" - nur eine Minderheit überzeugen, setzt sich in der Partei die Meinung durch, dass man dem Mandat nicht zustimmen könne, weil die Regierung den zivilen Wiederaufbau vernachlässige, keinen Kurswechsel hin zur Stärkung der afghanischen Selbstverwaltung vornehme und auf eine Perspektive für ein Ende des Einsatzes verzichte.

Solche Exit-Perspektiven verlangt auch der in der Partei hoch angesehene Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei. "Früher habe ich", sagte Nachtwei zur WELT, "das Wort 'Exit-Perspektive' gescheut wie der Teufel das Weihwasser, weil es Gewalttäter

ermutigen und die am Aufbau Orientierten entmutigen würde." Nun sagt Nachtwei, der Afghanistan sehr gut kennt: "Einen unabsehbar langen Einsatz würden weder die Afghanen noch die Truppensteller aushalten. Deshalb müssen wir klare Zielperspektiven so formulieren, dass davon großer Druck zu verbindlichem Engagement in einem überschaubaren Zeitraum ausgeht." Die Regierung wird eine solche Exit-Perspektive wohl kaum in das Mandat schreiben. Ein Grund mehr für die Grünen, ihm nicht zuzustimmen - und parteiinternen Streit zu vermeiden.

DerWesten - 12.11.2008

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/waz/2008/11/12/news-90397054/detail.html>

Parteitag der Grünen

Ein Hauch Obama

WAZ WAZ, 12.11.2008, Andreas Abs



Berlin. Kurs aufs Superwahljahr 2009 wollen die Grünen beim Parteitag am Wochenende in Erfurt nehmen. Sie wählen einen neuen Parteichef und ihre Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl nächstes Jahr, außerdem Bundesvorstand und Parteirat.

Als Parteichefin wird Claudia Roth erneut kandidieren. Neben ihr geht neu ins Rennen für den ausscheidenden zweiten Parteichef Reinhard Bütikofer der „anatolische Schwabe“ Cem Özdemir. Neben ihnen wollen Fraktionschefin Renate Künast und ihr Stellvertreter Jürgen Trittin auf dem Parteitag die Weihe als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl erhalten.

Dazu treffen sich in Thüringens Landeshauptstadt über 800 Delegierte unter dem wenig sagenden Motto „Mehr bewegen!“. Die Grünen wollen sich damit aber auch inhaltlich für das „Jahr der Herausforderungen“ 2009 wappnen, wie gestern in Berlin Grünen-Geschäftsführerin Steffi Lemke sagte. Das Wahlprogramm wird freilich erst im Mai 2009 auf einem Wahlparteitag beschlossen. Da wird dann sicher auch härter um die Ausrichtung der Grünen – mehr nach links oder mehr pragmatisch – gerungen werden.

Personalentscheidungen

Hinter den Personalentscheidungen treten ohnehin die inhaltlichen Debatten in Erfurt etwas in den Hintergrund. Es geht um Energiepolitik, Klimaschutz, Menschenrechte, Friedens- und Sicherheitspolitik, Finanzkrise und um die Sicherheit vor Armut im Alter. Bei der Finanzdebatte will der Gelsenkirchener Delegierte Robert Zion einen Antrag stellen, dass Vermögende zur Finanzierung der Bankenrettung durch den Staat eine einmalige Sonderabgabe leisten müssen, wie er der WAZ sagte. Zion hatte 2007 den Göttinger Parteitag der Grünen aufgemischt und dazu beigetragen, sie außenpolitisch nach links zu rücken.

Energiepolitik

In der Energiepolitik geht die Diskussion darum, in welchem Zeitraum die Umstellung von Atom und Kohle auf erneuerbare Energien vollzogen werden soll. Die Basis will das 2030 oder früher, das freilich scheint nicht nur der Parteiführung etwas übereilt.

Mehr Aufmerksamkeit erhalten die Grünen mit der Wahl des türkisch-stämmigen Özdemir zum Parteivorsitzenden, womit ein Hauch Obama bei den Grünen einzieht. Allerdings hat Özdemir eine etwas gemischtere Vergangenheit als der neue US-Präsident. Er war acht Jahre lang Bundestagsabgeordneter, bis ihn die Bonusmeilen-Affäre und eine anrühige Verbindung zu dem schillernden Medienberater Moritz Hunzinger zu Fall brachten bzw. ins Europaparlament.

Dort resozialisierte er sich, in der Partei sind die alten Geschichten vergeben.

Durchgefallen

Dennoch fiel Özdemir kürzlich bei der Listenaufstellung in Baden-Württemberg für ein Bundestagsmandat gleich zweimal durch. Aber das war nur die übliche Art, wie die Grünen ihre Führungsleute zu adeln pflegen. Schwerer wiegt, dass Özdemir wenig Profil hat. Der „Spiegel“ verspottete ihn als „Unisex-Politiker“, dessen Programm sich in seiner Herkunft erschöpfe. Sein Einfluss in der Partei sei gering.

Ursprünglich wollte Özdemir gar nicht neben Roth kandidieren, aber dann wurde er von den Realos gedrängt. Den Linken wie Jürgen Trittin dürfte er gerade recht sein. Dann reden Roth und Özdemir für die Partei, aber entscheiden tun andere – die Schwergewichte Künast und Trittin.